

Forderungspapier von JvJ NRW zum Thema LGBTQIA+

Wir haben verschiedene **Forderungen zum Thema Queersein in der Jugendhilfe**, da wir bemerkt haben, dass es oft zu Schwierigkeiten bei diesem Thema kommt.

Wir haben bemerkt, dass Pädagog:innen oft unwissend beziehungsweise unsicher mit dem Thema LGBTQIA+¹ sind, was oftmals zu unabsichtlichen, verletzenden oder sogar diskriminierenden Verhaltensweisen und Aussagen von diesen führt. Wir fordern, dass die **Fortbildungsmöglichkeiten für Mitarbeitende zu dem Thema Queersein** erweitert werden und dass diese auch wahrgenommen werden.

Die Kinder und Jugendlichen haben nicht die Aufgabe die Pädagog:innen aufzuklären, sondern die Pädagog:innen sollten die Bewohnenden aufklären.

Kinder und Jugendliche sind auf **Unterstützung und Hilfe** angewiesen - auch beim Thema „LGBTQIA+“. So brauchen diese Unterstützung bei beispielsweise der Aufklärung, der Arztsuche, dem inneren Coming out, der Transition und generell dem Outing zum Beispiel gegenüber Freund:innen, Familie und Bewohnenden.

Pädagog:innen sollten als neutrale (also ohne Vorurteile) unterstützende und beratende Person fungieren - so auch bei Identitätskonflikten und Fragen.

Das heißt auch, dass Pädagog:innen bei der Aufklärung von Bewohnenden in Wohngruppen eine Rolle spielen müssen. Einerseits heißt das, dass eine **generelle Aufklärung** stattfinden sollte, damit die Gruppe ein sicherer Ort für queere Jugendliche ist, auch wenn diese nicht geoutet sind. Wenn ein:e Bewohner:in das Bedürfnis verspürt, sich der Gruppe gegenüber zu outen, sollten die Pädagog:innen auf Wunsch unterstützend handeln und das Outing begleiten, wie es den individuellen Wünschen der Person entspricht.

Pädagog:innen sollen bei queerfeindlichen Aussagen handeln und diese unterbinden. Nicht nur unter Bewohnenden, sondern auch unter Pädagog:innen kann **Queerfeindlichkeit** entstehen. Wenn die Mitarbeitenden diskriminierend handeln, ist das ein Beschwerdegrund und wir verlangen, dass eventuelle Beschwerden zu diesem Thema ernst genommen werden und die Verantwortlichen sollten zur Rechenschaft gezogen werden.

¹ Eine Erklärung zu dieser und weiteren Begrifflichkeiten rund um das Thema LGBTQIA+ finden Sie in einem Glossar auf unserer Homepage: www.jvj-nrw.de/de/eure-und-unsere-themen/

„Gendern“ ist ein heikles aber doch wichtiges Thema. Um alle einzuschließen und nicht nur mitzumeinen, wünschen wir uns eine **geschlechtsneutrale Sprache**, bei der - wenn nötig - das Gendersternchen* oder Doppelpunkt verwendet wird (z.B. Pädagog:innen).

Wir wollen **keine geschlechtsspezifische Raumaufteilung** (z.B. einen Jungs- und Mädchenflur), da es Trans*personen unter Umständen zwanghaft outet und nichtbinäre Menschen systematisch ausschließt. Eine geschlechtsneutrale Raumaufteilung würde auch den Wohlfühlfaktor von diesen Menschen erhöhen.

Wir verlangen, dass Kinder und Jugendliche möglichst **wenig Deadnaming²** erfahren. Wir fordern, dass zum Beispiel bei Informationen für die Gruppe und im Gespräch der gewünschte Name verwendet werden soll. Es besteht auch die Möglichkeit nach Absprache mit Behörden auf offiziellen Dokumenten (zum Beispiel Sachstandsbericht) den gewünschten Namen zu verwenden.

Zudem fordern wir, dass die Privatsphäre beachtet wird und der Deadname ohne die Zustimmung nicht an (Mit-)Bewohnende weitergeleitet wird. Der Deadname sollte nur dann verwendet werden, wenn es dringend notwendig ist. Gleiches verlangen wir auch mit den gewünschten Pronomen.

Ein Problem, welches wir bemerkt haben, ist, dass das **Angebot für Trans*Jugendliche** oftmals sehr gering ausfällt. Dies manifestiert sich zum Beispiel in der Wohngruppensuche. Diese nehmen oft nur Cis*Menschen an, weil sie sich entweder zu unsicher mit dem Thema fühlen oder aber nur Jungs oder Mädchen annehmen. Das ist nicht nur sehr diskriminierend, sondern führt auch zu Schwierigkeiten in der Wohnsituation für Betroffene. Deshalb verlangen wir, dass das Angebot ausgebaut wird und mehr Gruppen Trans*Personen aufnehmen.

Bei der **Transition** brauchen Kinder und Jugendliche oftmals Unterstützung der Fachkräfte, zum Beispiel bei der Planung der Transition, Arztsuchen (bei medizinischen Eingriffen und Behandlungen), behördlichen Angelegenheiten (zum Beispiel bei der Namen- und Personenstandsänderung). Falls die Eltern ihr Einverständnis für eine Behandlung verweigern, besteht die Möglichkeit als minderjährige Person dem Familiengericht diese Situation zu schildern. Auch dabei brauchen Betroffene die Hilfe von pädagogischen Fachkräften. Das

² Eine Erklärung zu dieser und weiteren Begrifflichkeiten rund um das Thema LGBTQIA+ finden Sie in einem Glossar auf unserer Homepage: www.jvj-nrw.de/de/eure-und-unsere-themen/

alles funktioniert natürlich nur, wenn Fachkräfte über verschiedene Möglichkeiten und Transitionswege aufgeklärt sind.

Meine Sexualität/Identität ist keine Antwort auf ein (Kindheits-)Trauma! ABER durch die Diskriminierung dieser kann ich (weiter) traumatisiert werden!

Und genau deshalb ist es uns als JVJ NRW so wichtig, über dieses Thema aufzuklären.